



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Riekes: Ein Verhältniswahlverfahren als politisches Machtmittel der  
stärksten Partei

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

um die Deutschen mit dem Hinweise darauf in Sicherheit zu wiegen, daß den Amerikanern durch die Japaner doch eigentlich die Hände gebunden seien.

Zurzeit hat England eine amerikanisch-japanische Verständigung oder wenigstens einen Waffenstillstand veranlaßt. Wie lange er dauert, läßt sich nicht übersehen. England wird aber alles aufbieten, um einen Zusammenstoß zwischen seinen beiden Bundesgenossen zu verhindern.

Erst in späteren Jahren wird vielleicht auch in diesem Teile der Welt eine Abrechnung erfolgen. Erst dann würde Deutschland aus dem amerikanisch-japanischen Gegensatz Nutzen ziehen können.



## Ein Verhältnismahlverfahren als politisches Machtmittel der stärksten Partei

Von Dr. Riefes, Direktor des Statistischen Amtes, Kassel



er „Tag“ vom 27. April d. J. brachte unter der Spitzmarke „Mut zur Wahrheit“ bemerkenswerte Ausführungen des Abgeordneten Dr. Südekum über die Frage der preußischen Wahlrechtsreform. Da auch in den Verhandlungen des Verfassungsausschusses des Reichstags das Verhältnismahlverfahren eine Rolle gespielt hat, dürften die Vorschläge, die Südekum hierzu macht, erhöhtes Interesse beanspruchen.

Das positive Ergebnis seiner Betrachtungen besteht darin, daß er in Übereinstimmung mit Vorschlägen von Hugo Preuß, und zwar für eine etwaige preußische Konstituante, ein bestimmtes Verhältnismahlverfahren empfiehlt: jeder Wahlberechtigte soll danach das Recht haben, auf einem Stimmzettel den Mann seines Vertrauens zu benennen; „die, sagen wir vierhundert, am höchsten Bestimmten, sind damit in die grundlegende Vertretung gewählt worden.“ Der ganze Staat gilt dabei als ein einziger Wahlbezirk.

Die allgemeinen Wirkungen eines solchen Wahlverfahrens kennzeichnet Südekum selbst unter Benutzung der Namen verstorbener Politiker dahin, daß von zehn Millionen Stimmen dann vielleicht sechs auf wenige prominente Persönlichkeiten wie Bismarck, Bebel, Windthorst, Eugen Richter, Levezow, Bennigsen, Mollath und Mommsen entfallen würden, während dreihundertundzweiundneunzig Abgeordnete von „einem Teil der noch verbleibenden vier Millionen“ gewählt sein würden.

So könnte es in der Tat kommen.

Aber gehen wir den Konsequenzen noch etwas weiter nach! Die dreihundert- undzweiundneunzig weniger allgemein bekannten Abgeordneten müssen zwar, jeder für sich, mehr Stimmen auf ihre Person vereinigt haben als alle übrigen Wahlkandidaten, die Stimmen erhalten haben. Nun hat man es indessen im ganzen mit mehreren Tausenden von Kandidaten zu tun; denn jede Parteigruppe wird, wenn nicht vierhundert, so doch eine reichlich bemessene Anzahl Vertreter zur Wahl stellen und für sie agitieren. Mehrere Hunderte, vielleicht an die Tausend von den Nichtgewählten werden jeder nicht viel weniger Stimmen erhalten haben als die dreihundertundzweiundneunzig noch Gewählten. So liegt es durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß diese mit insgesamt nur eineinhalb Millionen Stimmen Abgeordnete werden, während die restlichen zweieinhalb Millionen Stimmen sich auf eintausend bis zweitausend Kandidaten verteilen und keinen einzigen Vertreter durchbringen. Das Südekumsche Wahlverfahren könnte also zu dem Ergebnisse führen, daß

6 Millionen Wähler	8 Abgeordnete
$2\frac{1}{2}$	—
" "	"
$1\frac{1}{2}$	392
" "	"

in die das neupreußische Verfassungsrecht produzierende Versammlung schicken.

Zu dem Grundgedanken Südekums, daß die „überwältigende Mehrheit der Bevölkerung“ nicht von Minoritäten beherrscht werden dürfe, wollen diese Konsequenzen gar nicht recht stimmen. Denn, im Grunde nicht anders als nach dem Klassenwahlrecht, hätte eine kleine Minorität — nämlich eineinhalb unter zehn Millionen Wähler — die Zusammensetzung der Volksvertretung fast ausschließlich zu bestimmen.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Mit einer gewissen Kopfstärke einer großen Partei wächst die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, daß überwiegend die eine Partei ihre Kandidaten durchsetzt. Es ist ein einfaches Rechenexempel, daß, wenn eineinhalb Millionen Wähler dreihundertundzweiundneunzig Abgeordnete hervorbringen können, eine Partei von zwei, drei oder gar vier Millionen Anhängern eventuell diese sämtlichen Mandate für sich allein erringen kann. Der Erfolg könnte bei gut geleiteter Parteiorganisation sogar wesentlich gefördert und herbeigeführt werden dadurch, daß die für bestimmte Kandidaten abzugebende Stimmenzahl bezirksweise limitiert wird. Dann könnte es gar nicht ausbleiben, daß diese Art von Verhältniswahl ein ganz unverhältnismäßiges Überwiegen einer einzelnen großen Partei, im gegebenen Falle der Sozialdemokratie, ergeben würde. Ja, wahrscheinlich würden sogar die dreihundertundzweiundneunzig Mandate sämtlich der Sozialdemokratie zufallen, wenn deren Wählerkraft sich auf der zahlenmäßigen Höhe hält, wie sie bei den letzten Reichstagswahlen hervorgetreten ist.

Freilich werden alle Parteien bemüht sein, eine übermäßige Stimmenanhäufung auf einige Personen zu vermeiden. Sie wäre, da jeder Abgeordnete nur eine Stimme haben soll, Verschwendung. Daß Südekum trotzdem mit

Millionen von Stimmen für wenige Personen rechnet, dürfte darin seinen Grund haben, daß er den bürgerlichen Parteien in ihrer Zersplitterung nicht die Parteidisziplin zutraut, die nötig ist, um solche Stimmenvergeudung zu verhindern. Ganz unrecht hat er damit gewiß nicht, wenn zwar die Annahme, daß auf acht Personen sechs Millionen Stimmen vergeudet werden könnten, etwas gar zu viel Parteioptimismus enthalten mag.

Aber selbst, wenn jede unnütze Stimmenanhäufung völlig vermieden wird, würde die Sozialdemokratie mit ungefähr drei Millionen Wählern gegenüber sieben Millionen Stimmen aller anderen Parteigruppen dennoch stark im Vorteil sein. Denn die sieben Millionen Stimmen bürgerlicher Wähler würden sich auf so viele Kandidaten verteilen, daß im einzelnen doch immer wieder die Sozialdemokraten die höchstbestimmten sein würden. Um dies Ziel sicher zu erreichen, würde von Partei wegen die Zahl der Kandidaten — sei es von vornherein, sei es vielleicht erst im Verlaufe des Wahlkampfes nach Maßgabe der sichtbar werdenden Verhältnisse der bürgerlichen Kandidaturen — vorsorglich herabgesetzt werden können. Wenn die Sozialdemokratie nur zweihundertundfünf oder zweihundertundzehn Kandidaten zur Wahl stellte, wären die Chancen, sie alle durchzubringen, sehr groß und die Majorität in der Volksvertretung hätte die Partei dann doch.

Gegenüber diesen tatsächlichen Konsequenzen ist es verwunderlich, daß Südekum sein Verhältniswahlssystem als „wissenschaftlich einwandfrei“ empfiehlt. Damit kann der falschen Sache kein richtiger Kurs gegeben werden. Der Hinweis auf das „statistische Gesetz von der großen Zahl“ ist ganz bedeutungslos. Das käme allenfalls in Frage, wenn sämtliche Kandidaten mit größerer Stimmenzahl dadurch Abgeordnete würden. Da aber nur vierhundert gewählt werden, während vielleicht weitere tausend oder mehr ebenfalls hohe, wenn schon weniger hohe Stimmziffern aufzuweisen haben, ohne damit gewählt zu sein, so kann von einer wissenschaftlich begründeten Ableitung des „politischen Volkswillens“ dabei wirklich keine Rede sein.

Wenn es Südekum faktisch auf eine verhältnismäßige Volksvertretung ankäme, würde er die Verhältniswahl in anderer Form vorgeschlagen oder etwa den Abgeordneten gemäß der auf sie fallenden Stimmenzahl ein verschiedenes Stimmgewicht zugebilligt haben. Auf Billigkeit und Gerechtigkeit oder auf naturgetreue Abbildung der Volksmeinung ist das Südekumsche Wahlverfahren jedoch eben nicht, sondern darauf zugeschnitten, der sozialdemokratischen Partei über das Verhältnis ihrer Wählerzahl hinaus zur Majorität in der Volksvertretung zu verhelfen.

Diese zweifellose Tendenz des Vorschlages ist nicht einfach als das Bestreben eines Parteimannes zu bewerten, den politischen Einfluß seiner Partei durch ein günstigeres Wahlverfahren tunlichst zu vermehren. Im gegebenen Falle bedeutet es weit mehr, etwas ganz anderes. Südekum ist offenbar von dem Gedanken ausgegangen, daß demnächst die Stunde für die Übernahme der

politischen Herrschaft durch die organisierte Lohnarbeiterklasse im Sinne des kommunistischen Manifestes geschlagen haben könnte. Darauf und auf nichts anderes zielt sein Vorschlag ab, indem er der sozialdemokratischen Partei zunächst einmal die Herrschaft im Parlament zu verschaffen sucht.

Über die Frage, ob der nach Marx aus innerer Notwendigkeit hervordringende historische Zeitpunkt der Sozialisierung der Volkswirtschaft jetzt gekommen ist, läßt sich nun natürlich nach den verschiedensten Richtungen hin vielerlei sagen, was hier aber zu weit führen würde. Es sollen hieran nur ein paar kurze Betrachtungen geknüpft werden.

Wenn man auf den Marxschen Sozialismus eingeschworen ist, so kann man bei nüchterner Erwägung dennoch nicht der Meinung sein, daß bei uns im Deutschen Reiche bereits diejenige Entwicklungsstufe kapitalistischer Wirtschaft erreicht ist, die in Marxscher Darstellung die Voraussetzung für die notwendig werdende Übernahme der Produktionsmittel in das Gemeineigentum bildet. Sonst müßte in den Vereinigten Staaten, wo die Akkumulation des Kapitals und die technische Konzentration in Riesenbetrieben schon viel weiter gediehen sind als bei uns, die sozialistische Umwälzung, die ja nach Marx mit Naturnotwendigkeit eintreten soll, schon früher eingetreten sein. Freilich weiß ich nicht, ob Südekum und seine Parteigenossen auf die Erfordernisse der Marxschen Theorie noch großen Wert legen, oder ob sie nach dem Rezept des Peter Mortensgard in „Rosmersholm“ unbekümmert um den Sinn ihrer theoretischen Ideale, gegebenenfalls willkürlich auch im Widerspruch zu ihnen, handeln würden.

Versteht man dagegen den Sozialismus ganz allgemein dahin, daß auf einer gewissen Entwicklungsstufe der materiellen Produktivkräfte neuartige, über den Gesichtspunkt des Privatkapitals hinausreichende Unternehmungsformen notwendig werden, so sind die Zeichen der Zeit, die darauf hindeuten, allerdings mit Händen zu greifen. Die Gegenwart enthält, durch den Krieg teils hervorgerufen, teils kompliziert, wirtschaftliche und Bevölkerungs-Probleme, zu deren Lösung die privatkapitalistische Wirtschaftsverfassung, für sich genommen, ganz und gar unfähig ist. Ob der Sozialismus zur Lösung dieser Probleme prädestiniert ist, das ist die Frage, um die es sich handelt, und für deren Beantwortung die Führer der sozialdemokratischen Partei eigentlich die berufenen Sachverständigen sein sollten.

Daß die bloße Übernahme in den Staatsbetrieb, die für vereinzelte Wirtschaftszweige wohl mit Recht jetzt gefordert wird, das nicht leisten kann, bedarf keines besonderen Beweises. Durch den bloßen Besitzwechsel wird an sich zunächst gar nichts erreicht, abgesehen von der Schädigung der wirtschaftlichen Produktivität, die dadurch entsteht, daß das brennende Interesse der privaten Unternehmer als wirtschaftliche Triebkraft verloren geht. Aber ist denn die platte Verstaatlichungsidee das einzige, was der Sozialismus hervorbringen vermag? Gibt es nicht vielleicht noch andere dem Sozialismus entspringende Wege, auf denen die Leistungsfähigkeit des sozialistischen Gedankens sich erweisen läßt?

Die Aufklärung des Volkes über diese hochaktuellen Fragen müßte eigentlich doch einer Wahlrechtsreform zur naturgetreuen Ableitung des „Volkswillens“ vorangehen. Zu Wahlrechtsänderungen liegt zurzeit infolge der durch den Oftererlaß dem Proletariat für die Zukunft gegebenen Sicherheiten auf keiner Seite ein dringendes Bedürfnis vor.. Überdies muß den paar hundert deutschen Staatsbürgern im Reichstage, die unter ganz anderen tatsächlichen Voraussetzungen gewählt sind, die materielle Legitimation rundweg abgesprochen werden, ohne Befragen der Wählerschaft die bewährten Bismarckschen Verfassungseinrichtungen abzuändern. Wohl aber könnte die Sozialdemokratie ihre Anhängererschaft gewaltig vermehren, indem sie jetzt zeigt, was die sozialistische Idee gegenüber den Anforderungen einer neuen Zeit vermag. Wenn die sozialistische Neugestaltung unserer Volkswirtschaft so nahe bevorsteht, daß sich einige Parteiführer schon nach einem dazu passenden Wahlverfahren umsehen, werden sie uns doch auch sagen können, wie es gemacht werden soll. Und wenn der sozialistische Gedanke tatsächlich etwas zu leisten imstande ist, muß sich so kurze Zeit vor seiner Verwirklichung auch sehen und sagen lassen: auf die und jene Weise ist das und das zu erreichen.

Die Sozialdemokratie befindet sich derzeit in einer außerordentlich günstigen Situation. Sie hat vor den anderen Parteien voraus den Besitztitel am Sozialismus. Nur ihr Parteiprogramm enthält wissenschaftlich begründete sozialistische Grundsätze, und wir befinden uns mitten in einer Zeit, die den Sozialismus zu einer flüssigen Frage gemacht hat, ohne daß über das Wie und über den Umfang der Anwendbarkeit sowie über den positiven Nutzen sozialistischer Wirtschaftsweise Klarheit bestände. Da ist es nun die Pflicht der sozialdemokratischen Parteiführer, die Regierung sachkundig zu beraten und uns, das stimmberechtigte Volk, darüber aufzuklären, worin die demnächstigen praktischen Aufgaben des Sozialismus bestehen. Diese Pflicht wird ihnen durch die Entstehungsgeschichte ihrer Partei und durch die Marxsche Lehre selbst auferlegt. Auch im Sinne der Marxschen Lehre läge die Einleitung der sozialistischen Wirtschaftsepöche durch klare, lichte Erkenntnis — nämlich tatsächlicher wirtschaftlicher Erfordernisse —, nicht aber durch einen „Sprung ins Dunkle“, zu dem uns Südekum mit seinem Wahlverfahren ausdrücklich einlädt.

Wenn endlich Südekum davon spricht, daß die Entwicklung der Dinge über die, welche die Zeichen der Zeit nicht erkennen, hinweggehen werde, sei es über eine Regierung, sei es über ein Parlament, so kann man noch einen Schritt weiter gehen und das gleiche Schicksal einer einzelnen politischen Partei voraussagen, die ihren politisch-historischen Beruf nicht erfüllt. Auf welchen Wegen dieses Schicksal auch die sozialdemokratische Partei ereilen könnte, liegt klar zutage, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im innersten Grunde nicht das demokratische Prinzip, sondern der sozialistische Gedanke es ist, was dieser großen Partei ihre Stärke verleiht.